



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch**

**Dirr, Pius**

**München [u.a.], 1925**

23. Bericht Foerstern an Eisner 21. November 1918

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

abgestempelt werden. Hierdurch Wählerlisten überflüssig. Aufstellung Kandidatenliste vornehmen Parteileitungen endgültig spätestens Wahltag. Parteiinteresse gewährleistet Erfüllung lokaler Wünsche. Wahlzettel enthält statt Namen Ordnungsnummer der Parteiliste. Anerbieten detaillierten Vorschlag.

Schweizer Komitee Vorbereitung Völkerbundes Bern

Nr. 22

**Der Ministerpräsident an die bayerische Gesandtschaft  
in Berlin**

Telegramm München, den 21. November 1918; 4<sup>80</sup> nachm.

Ersuche sofort namens bayerischer Regierung bei Reichsregierung Schritte zu tun, dass Urkunden über Ursprung Kriegs umgehend veröffentlicht werden. <sup>1)</sup> Das ist das einzige Mittel, um zu erreichen, dass Friedensverhandlungen im Gefühl gegenseitigen Vertrauens geführt werden. Bitte bei Waffenstillstandskommission sich zu beteiligen, am besten Dr. Muckle persönlich. Wenn dauernd nicht möglich, von Schoen abordnen und dann Dr. Muckle zeitweise beiwohnen.

Äusseres Ministerium

Kurt Eisner

Nr. 23

**Der Gesandte in Bern an den Ministerpräsidenten**

Bern, den 21. November 1918

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Montag abend werde ich mit Herrn Dr. Muehlon in München eintreffen, möchte jedoch nicht unterlassen, einige besonders wichtige Angelegenheiten schon vorher darzulegen oder andeutend zu besprechen.

Zunächst kann ich mitteilen, dass ich vorgestern vom Bundespräsidenten anerkannt worden bin. Schon vorher hat der Bundespräsident alle ihm von mir übermittelten Bitten der bayerischen Regierung umgehend an die Entente weitergeleitet. Wegen der Vielköpfigkeit der Adressaten ist natürlich eine schnelle Antwort nicht

<sup>1)</sup> Vgl. Nr. 20.



zu erwarten. Das zuletzt mir telegraphierte Ersuchen betreffend Germersheim<sup>1)</sup> habe ich besonders dringend gemacht, da dasselbe ja auch mit dem schweizerischen Grenzschutz zusammenhängt.

Ich bin übrigens auf Grund des mir von der Entente entgegengebrachten Vertrauens in der Lage, schon jetzt direkt mit den fremden Gesandtschaften zu verkehren; gestern abend war ich bei dem italienischen Gesandten und habe ihm besonders ans Herz gelegt, es möge dafür gesorgt werden, dass bald Südfrüchte nach Bayern kommen. Soeben höre ich, dass der Gesandte die betreffende Anregung mit besonderem Nachdruck weitergegeben und die Aussicht auf baldige Berücksichtigung gemacht hat. Es herrscht überall auf jener Seite jetzt guter Wille, uns zu helfen, ganz besonders zu Bayern hat man Vertrauen; es fehlt aber noch an Organisation der Hilfeleistung. Diese kann meines Erachtens nur dann gefördert werden, wenn ein bis zwei Sachverständige aus Bayern baldigst hierher kommen und den Vertretern der fremden Mächte hier ganz konkret Bayerns Bedürfnisse und Wünsche darlegen. Diese Aktion sollte unabhängig von der erbetenen Entente-Kommission, deren Aufgabe wohl mehr Information sein wird, sofort erfolgen. Ich habe alles hier so vorbereitet, dass die betreffenden Herren in meiner Abwesenheit sich hier im Bernerhof an Kommerzialrat Meinel wenden können, der alles andere vermittelt, d. h. die Herren sofort mit der Entente in Verbindung setzen wird.

Die Lage scheint mir so zu sein, dass die Bauern ja noch genug haben, aber weniger wie je hergeben, weil die militärischen Zwangsmittel an Kraft verloren haben. Da bleibt eben doch nur das Mittel, daß man bald eine feste Zusage von der Entente bekommt, worauf man dann in der Presse auf das Kommen des Ententegetreides hinweisen müsste. Die Bauern werden dann, wenn sie den Weltmarktpreis bekommen, in den Überschusszentren sehr gerne hergeben. Der Staat müsste dann auf offenem Markte kaufen und die Differenz zwischen dem jetzigen Preise und dem Weltmarktpreis durch Anleihe decken. Wir haben zuviel Zwangswirtschaft getrieben, man muss mehr mit der Bauernnatur rechnen, besonders in der jetzigen Krise. Das beifolgende Exposé des Herrn Kommerzialrat Meinel aus Wien, Sachverständigen der Wiener Regierung, begründet die hier ange deuteten Notwendigkeiten eingehender.<sup>2)</sup>

Betreffend die Gerüchte über Unterstützung des Bolschewismus durch die leitenden sozialistischen Kreise möchte ich bemerken, dass meine Haupttätigkeit hier darin bestanden hat, das ungeheure und

<sup>1)</sup> Dringendes Telegramm des Ministerpräsidenten vom 20. November 1918; 10<sup>00</sup> nachm: „Ersuchen dringendst, bei Entente zu vermitteln, dass das grosse Russenlager in Germersheim unter der Bewachung der deutschen Soldaten bleibt, bis es den Franzosen übergeben werden kann. Sonst schwerste Unordnungen befürchtet.“

<sup>2)</sup> Das Gutachten behandelt die angedeuteten wirtschaftlichen Fragen.



täglich neue Nahrung ziehende Misstrauen gegen das neue Deutschland zu zerstreuen. Natürlich konnte ich das Gerücht widerlegen, dass die bayerische Regierung oder die jetzige Reichsleitung irgendwelche Agitation in jener Richtung treibe. Ich habe den Herrn Bundespräsidenten gebeten, mir, wenn irgend möglich, von der Entente Beweise zu verschaffen. Er scheint das für recht schwierig zu halten, da die Entente ihre Gewährsmänner natürlich nicht gerne ins Licht setzt. Heute kam jedoch ein Mitglied der französischen Botschaft zu mir und nannte mir die Namen folgender deutscher Sozialisten, die am 14. in La Chauv-de-Fonds mit französischen Sozialisten zusammengekommen seien: Sassenbach, Huber, Achille Graber?, Bauer, Gewerkschaftsvorsitzender aus Frankfurt. Nun ist es möglich, dass die Betreffenden keine Bolschewisten, sondern sogar Mitglieder der Mehrheitssozialisten sind, die auf eigene Hand oder im Auftrage lokaler Zentren versuchen wollten, die französischen Sozialisten gegen die Waffenstillstandsbedingungen der Entente mobil zu machen, ohne deshalb gleich Revolution in Frankreich anzufachen zu wollen. Gleichwohl würde auch ein solcher Versuch ein Beweis jener Illoyalität sein, die man den bisherigen deutschen Regierungen vorwirft: Man verhandelt offiziell mit den bestehenden Regierungen und treibt hintenherum noch eine Politik der Aussaat von Zwietracht in den Reihen der Gegner.

Ich habe übrigens all jenen Gerüchten gegenüber hervorgehoben, dass die deutschen Regierungen natürlich nicht für Machenschaften verantwortlich seien, die von kleinen Gruppen extremer Elemente ausgingen, wie sie in allen Ländern vorhanden seien. Bei all diesen Bemühungen habe ich immer wieder gesehen, wie sehr jetzt alles darauf ankommt, dass alles vermieden wird, was jenem Misstrauen neue Nahrung gibt. Deutschlands Leben hängt an einem Faden! Unbegreiflich war es von diesem Standpunkte aus, dass Scheidemann neulich den Vertreter der von deutschem Gelde bezahlten antienglischen Propagandazeitung „Continental Times“ als geeignet befand, über den englischen Hungerkrieg — der doch durch unser Minenlegen und unsere U-Boote provoziert war — zu schelten und das in dem gleichen Augenblick, in dem in der englischen öffentlichen Meinung die Ansicht durchdringt, dass Deutschland geholfen werden müsse!

Im Anschluss an diese Feststellung ist auch ein Wort über die ganz verzweifelte Situation der deutschen Gesamtvertretung in Bern zu sagen. Ist es nicht ein gänzlich unhaltbarer Zustand, dass jetzt in diesem Mittelpunkt internationaler Beratung und Verständigung das grosse Deutsche Reich einen Gesandten hat, der von einer leitenden Zeitung des Landes als „moralisch nicht existierend“ bezeichnet wird und der jedenfalls als Vertreter des alten Systems völlig isoliert dasteht. Herr von Romberg ist persönlich ein Ehrenmann, es sind aber unter seiner Leitung Dinge passiert, für die er nun doch einmal als der oberste Vertreter Deutschlands am hiesigen Orte verantwortlich gemacht wird. Jeder neue Tag bringt mir neue Beweise dafür,



dass die Entente diesen Zustand der deutschen Vertretung als ein Zeichen dafür betrachtet, dass in Berlin noch nicht verstanden wird, was die Stunde geschlagen hat. Es rächt sich jetzt aufs Schwerste die frühere Verbindung der deutschen Regierung mit dem Bolschewismus: Auch massgebende schweizerische Kreise haben den Verdacht, dass noch jetzt gewisse Gruppen des Personals der deutschen Gesandtschaft die unterminierende Bombenpolitik des Militärattachés von Bismarck fortsetzen. Schleunigste Beendigung dieses Zustandes ist zu wünschen . . .<sup>1)</sup>

Für Bayerns neue Regierung treffe ich überall die aufrichtigste Sympathie; auch gestern abend beim italienischen Gesandten; Berlin hingegen gilt als undurchdringliches Geheimnis. Man fürchtet von dorther eine „imperialistische Republik“. Ich habe das wachsende Vertrauen zu Bayern benutzt, um den beifolgenden Kommentar zu Ihrem Ersuchen um Sendung einer Kommission in die Hände der hiesigen Entente-Vertreter zu bringen.<sup>2)</sup> Vertrauliche Behandlung ist schon deshalb gesichert, weil die Herren offiziell noch keinen direkten Verkehr mit mir haben dürfen. Ich glaubte mit jenem Kommentar im Sinne Ihrer Worte zu handeln, „die besondere Form der bayerischen Revolution in ihrem moralischen Einflusse geltend zu machen“. Es ist augenblicklich von hoher politischer Bedeutung, der Entente, gerade weil sie Berlin mit grösstem Misstrauen betrachtet, ohne den dortigen Schwierigkeiten gerecht werden zu können, die Perspektive zu eröffnen, dass Bayern die Klärung der politischen Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmen werde.

Einen ganz ausgezeichneten Eindruck hat das kürzlich in den M. N. N. veröffentlichte Programm der bayerischen Regierung überall gemacht. Was das schwer bedrückte deutsche Volk jetzt fast noch mehr braucht als materielle Nahrung, das sind solche erhebende Perspektiven. Ich habe hier viele Anträge bekommen, mich interviewen zu lassen, wollte mich aber über prinzipielle Probleme und politische Absichten nicht ohne enge Einvernahme mit der bayerischen Regierung aussprechen.

In ausgezeichnete Hochachtung

Ihr ergebenster Fr. W. Foerster

1) Es folgen Mitteilungen über organisatorische und geschäftliche Angelegenheiten der Gesandtschaft, hier ohne Bedeutung.

2) Der Kommentar besagt, eine solche Kommission würde sich von der bedrohlichen Ernährungslage der untern und mittleren Schichten überzeugen können, aber auch davon, dass das neue Regiment in Bayern auf moralischer Basis beruhe, und dass sein Geist geeignet sei, dasjenige politische und soziale Programm durchzusetzen, mit dem allein Deutschland wieder aufgebaut und die Welt vor der Gefahr des Bolschewismus bewahrt werden könne. Durch unmittelbare Augenscheinnahme würden die Alliierten Vertrauen fassen und andererseits würde durch solche Beihilfe das Ansehen der bayerischen Regierung nicht nur im Lande, sondern auch im deutschen Norden gestärkt.